

Forderungen, die zur Sorge Anlass geben

Rat der Kärntner Slowenen

Was man von der Landesregierung erwartet

(aus Novice, Klagenfurt, Nr. 47, S. 3, 6.12.2013)

Der Volksgruppentag des NSKS hat eine Resolution an die Bundesregierung und die Kärntner Landesregierung gerichtet.

Klagenfurt – Während der ZSO-Obmann Marjan Sturm überzeugt ist, dass aus der Novelle des Volksgruppengesetzes **„wegen der unterschiedlichen Prioritäten der einzelnen Minderheiten nichts wird“**, ist es für den NSKS eine Tatsache, dass es seitens der SPÖ und der ÖVP, die über das neue Regierungsprogramm verhandeln, **in Bezug auf diese Frage kein Signal gibt, was „überaus besorgniserregend“ sei (Vizeobmann Nanti Olip)**. Deshalb hat der Volksgruppentag des NSKS unter der Führung von Sonja Kert-Wakounig auf der Sitzung am vergangenen Freitag eine Resolution verabschiedet, in der die Regierung dazu aufgerufen wird, die Reform des Volksgruppengesetzes in ihr Regierungsprogramm aufzunehmen. **Darüber hinaus hat der Volksgruppentag eine Resolution über das neue Lehrerdienstrecht verabschiedet. Wie Rudi Vouk, der Leiter der Kompetenzgruppe des NSKS für Rechtsfragen auf der Pressekonferenz am vergangenen Dienstag betonte, sollte es selbstverständlich sein, dass die Lehrer mit einer zweisprachigen Qualifikation an den zweisprachigen Schulen Vorrang haben. Das müsste ebenso beim Nachmittagsunterricht und in den Kindergärten berücksichtigt werden. „Das alles müsste Eingang finden im Lehrerdienstrecht, und zwar dringend, sonst wird es wieder zehn Jahre dauern, bis sich eine Lösungsmöglichkeit bietet“, betont Vouk. Das hat, so Vouk auch eine Fachgruppe für Schulfragen bestätigt (sie wurde vom Bundeskanzleramt ernannt, als es in der Funktionsperiode der vorherigen Regierung um die Vorbereitung eines neuen Volksgruppengesetzes ging).**

Die Führung des NSKS hofft vor allem auf das Verständnis der neuen Landesregierung. Nicht zuletzt deshalb, weil der alte Dreiparteienpakt mit der Landesregierung nicht mehr gilt, in dem die Freiheitlichen ein entscheidendes Wort mitzureden hatten (Vouk). Weil die neue Regierung eine genügend große Mehrheit zur Veränderung der Kärntner Verfassung hat und dafür auch eine eigene Arbeitsgruppe eingerichtet hat, die Vorschläge für eine Verfassungsreform ausarbeitet, hat der Volksgruppentag an die Landesregierung eine Resolution mit konkreten Vorschlägen in Bezug auf die slowenische Volksgruppe gerichtet.

Vouk: „Erstens – Kärnten soll sich in der Verfassung klar zur slowenischen Volksgruppe bekennen. Zweitens – Die neue Verfassung soll klar festlegen, dass zum Beispiel die Gemeinden die Möglichkeit haben, zweisprachige Ortstafeln zu beschließen, die nicht per Verfassungsgesetz aus dem Jahr 2011 festgelegt wurden. Drittens – Die Landesverfassung soll vorsehen, dass die Minderheitenvertretung mit einem besonderen Gesetz beschlossen wird. Viertens – In die Reformarbeitsgruppe ist auch ein Vertreter der Kärntner Slowenen aufzunehmen.“

Janko Kulmesch